



# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 71

Bezugspreis monatlich 50 Pfg. Durch die Post im Nachhonorabrechnung 2,25 M., in Württemberg 2,20 M. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärtig 15 Pfg. die Pettigelle oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Pettigelle. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 86

Donnerstag, den 10. April 1919

36. Jahrgang.

## Die Lebensmittelversorgung Europas.

Vom Deutschen Landwirtschaftsrat wird uns geschrieben: Die Zufuhren der nach dem bräseförmigen Abkommen zu erwartenden Ablieferungen von Lebensmitteln haben begonnen, stellenweise sind auch schon ausländische Mehlforderungen eingetroffen. Da sich die Befestigungskosten dieses Mehls weit über den Preis des Inlandsmehls stellen, wird die fremde Ware vorläufig nicht zur Brotverzeigung verwendet, sondern auf die Mehlabschnitte zu höheren Preisen als Mehl verkauft werden.

Inzwischen beginnen die Kaufleute ihre Vorbereitungen für den Ankauf der in den nächsten Monaten einzuführenden Getreidemengen zu treffen. Die neue Einfuhrorganisation ist so gedacht, daß die Importeure bzw. die Agenten die vom Ausland erhaltenen Angebote, mit ihren Kosten und Gewinnzuschlägen berechnet, einer neu gegründeten rein kaufmännischen Zentrale übergeben. Letztere ist die Kaufbeauftragte der Wirtschaftsbekörden, kauft aber nicht direkt im Ausland, sondern nur von den deutschen Handelsfirmen, die auf diese Weise ihre ausländischen Verbindungen wieder aufleben und auch ihren Kredit ausnützen können.

Von Amerika wird sehr feste Haltung für Mais berichtet. Dieser wird von den Verbrauchern fortgesetzt zur Deckung ihres Jahresbedarfes gekauft, so daß das Angebot auf den Märkten schwach bleibt. Das erlassene Verbot der Getreideinfuhr trägt in den Vereinigten Staaten mit zu der Festigkeit der Getreidemärkte bei, zumal die Regierung in Folge des vom Senat bewilligten Zuschusses in der Lage ist, die Ueberschüsse der nächsten Vegetationszeit zu Weltmarktpreisen im Ausland verkaufen zu können.

Von Argentinien wird ein Anwachsen der Weizen-, Mais- und Sojabohnenerträge nach Europa, dabei aber auch eine nicht unerhebliche Steigerung der Weizenbestände berichtet. Während der vorletzte Bericht von Beschädigungen der auf den Feldern stehenden Getreidemieten sprach, und auch die Maisernte weniger günstig beurachtete, ist von Regen- bzw. Ueberschneeschäden in diesem Bericht nicht mehr die Rede, und die Aussichten der Maisernte werden wieder als „Ausgezeichnet“ bezeichnet. Dabei sind aber die Weizenpreise in Buenos Aires gestiegen, wozu wohl die für Deutschland erwartete Nachfrage beigetragen haben dürfte. Von Australien liegen Postnachrichten vor, wonach der neulich gemeldete Ankauf Englands von 1 Mill. Tonnen nicht zustande gekommen sei. Die letzte australische Weizenerte wird auf 77 Mill. Bush. (1 Bush. gleich 27,3 Kg.) geschätzt gegen 114,99 Mill. 152,1 Mill. und 179,1 Mill. in den drei vorhergegangenen Jahren.

Die europäischen Bedarfsgebiete sind durch die großen amerikanischen Lebensmittelforderungen der letzten fünf Monate gut versorgt, sodas die nunmehr beginnenden deutschen Ansprüche kaum einen ernsteren Einfluß auf die sonstige Versorgung Europas ausüben dürften.

## Das Schul- und Kirchenprogramm der neuen preuß. Regierung.

Das Programm der neuen preussischen aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten gebildeten Regierung für die vorläufige Regelung der Kirchen- und Schulfragen enthält bedeutende Zugeständnisse an die Bistümer einer durchgreifenden Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule. Die betreffenden Sätze in der Programmrede des Ministerpräsidenten Hirsch in der preussischen Landesversammlung lauten:

Bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz ist durch sofortige Abänderung des Schulunterhaltungsgesetzes den Gemeinden das uneingeschränkte Recht zu gewähren, die Simultanschule mit wahlfreiem konfessionellen Religionsunterricht einzuführen. Bis zur endgültigen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, sowie der Stellung von Schule und Kirche zueinander ist der Religionsunterricht in allen Schulen für Lehrer und Schüler wahlfrei. Die Entscheidung über die Teilnahme an ihm haben bis zum Eintritt des religionsmündigen Alters die Eltern zu treffen, danach die Schüler selbst. Lehrer und Schüler dürfen außerhalb des Religionsunterrichts zu keinerlei Religionsübungen gezwungen werden.

Das bestehende Recht des Staates, allein das Recht der Schulaufsicht auszuüben, wird anrecht erhalten und restlos durchgeführt. Die Schulaufsicht ist durch Fachleute auszuüben. Die Disziplinaufsicht ist in jeder Form sofort zu beseitigen und die Schulleitung kollegial anzuverwandeln.

Das staatsrechtliche und finanzielle Verhältnis zwischen Staat und Kirche soll auf dem Wege der Vereinbarung und unter Vermeidung öffentlicher und persönlicher Schädigungen mit dem Endziel beiderseitiger Selbständigkeit neu geordnet werden.

## Von der Münchener Räterepublik.

München, 9. April. Der Zentralrat erläßt eine Bekanntmachung, wonach versprochen wird, daß die Sparlosheneinlagen unangetastet bleiben sollen. Plünderer sollen erschossen werden. Der Rat warnt vor einer Judenhege, die in massenhaft verbreiteten Flugblättern aus Norddeutschland vorbereitet werde. Alle Teilnehmer werden strengstens bestraft. Die Privatbanken wurden unter Aufsicht gestellt, damit kein Kapital abgehoben werden kann. Dr. Lewicy (Russe) soll zum Kriegsminister (Volkskommissar für das Militärwesen) ernannt werden. Da er aber nur eine beschränkte Vollmacht verlangt, so sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen und die Vereinigung mit der extremen Partei der Kommunisten schwebt noch. Al. Wohlräume werden beschlagnahmt und das Verhängnisrecht geht auf die Gemeinden über. Auf jeden Einzelhaushalt soll nur ein Zimmer mit Küche kommen, andere Familien eine Mindestzahl von Schlafzimmern neben einem Wohnraum. Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte sind zu bevorzugen. Die örtlichen Arbeiterräte sind beauftragt, sämtliche Gasthöfe und Gasthäuser inbezug auf Lebensmittelvorräte, Mahizeiten und Zimmerpreise zu kontrollieren und die den normalen Gebrauch übersteigenden Vorräte den Keinen Gasthöfen, in denen hauptsächlich Arbeiter verkehren, zur Verfügung zu stellen. Barabhebungen von Geld sind täglich nur bis zu 100 M. gestattet. Für größere Abhebungen (zu Lohnzahlungen, Betriebskosten usw.) ist genaue Begründung notwendig. Abhebungen von Effekten sind bis auf weiteres unzulässig, mit Ausnahme der Depots im Gesamtwert von 2000 M. Zur Sozialisierung der Presse wird verordnet, daß die gesamte Presse Bayerns unter gesellschaftliche Wirtsch. Aufsicht gestellt wird. Die gesamte Verwaltung und Betriebsführung untersteht und in wirtschaftlicher Beziehung der Oberaufsicht. Der allgemeinen Sonntagsruhe, von denen nur die Lebensmittelgeschäfte ausgenommen sind, wird auch die Presse untergeordnet. Die Kontrolle über die Presse wird von Betriebsräten ausgeübt.

Der Zentralrat gibt bekannt, daß das in Dhrdruf (Sachsen-Ruburg-Gotha) gebildete bayerische Freiwilligenkorps unter Oberst Epp von der Bamberger Regierung zum Schutz gegen die Räterepublik nach Bamberg befohlen worden sei. Jeder „ernst revolutionäre Sozialist“ werde jetzt wissen, was er zum Schutz der Räterepublik zu tun habe.

## Abberufung des bayerischen Gesandten.

München, 9. April. Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten hat den bayerischen Gesandten der Räterepublik Dr. von Preger in Berlin abberufen, da die Räterepublik den deutschen Verfassungsentwurf des Dr. Preuß niemals anerkennen werde.

## Gegen die Räteregierung.

Nürnberg, 8. April. Die Bauernschaft des Reiches erklärt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Bauern Franken, der Oberpfalz und des Reiches haben sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammengeschlossen. Die Bauernschaft Oberbayerns, Schwabens und des Allgäus schließt sich an. Die gesamte Bauernschaft der genannten Kreise steht hinter dem Ministerium Hoffmann und erklärt dieses Ministerium und den bayerischen Landtag als gesetzwidrige Regierung und Volksverbreiung und tut alles zu deren Unterstützung. Sie steht zusammen mit den Bürgern und Arbeitern, die auf dem Boden der ersten Revolution und des Staatsgrundgesetzes stehen. Am Dienstag, den 8. April, nachmittags 5 Uhr, wird die Lebensmittelperre über Augsburg und München verhängt, bis in München die Räteregierung zurückgetreten ist.

Würzburg, 8. April. Die A- und S-Räte des 2. bayerischen A.-R. haben mit Vierfünftel-Majorität sich gegen die Räterepublik und für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

## Das Los von München.

München, 9. April. Unter der Ueberschrift „Das Los von München“ wird in der „Münch. Post“ folgende Forderung aufgestellt: „München soll als freie Stadt unter der Aufsicht der Reichsregierung stehen.“

gener. Neuesten Nachrichten folgenden Aufruf: „Ein Häuflein bestochener Agenten aus Rußland terrorisiert München, das auf Befreiung durch Euch wartet. Duldet Ihr, wie jetzt in Rußland, einen Trost, einen Diktator und Mörder, dann wird auch in unserem Bayern das Elend triumphieren. Von nirgends bekommen wir Lebensmittel her. Das Reich gibt keinen Pfennig mehr. Wie wenig gilt dann Bayern in der Welt, das bisher ein gewichtiges Wort mitzureden hatte! In Nichts wird es zerfallen. Gleichenden und bedrückt wird es werden. Das wollt Ihr nicht, das will keiner, der nicht Agent und Spion ist. Um das zu verhindern, darf kein anständiger Bayer fehlen. Alle heran mit ganzer Tatkraft! Verlaßt Eure Werkstätten, formiert Euch und dann drauß auf Münchens Gefinde! Es lebe die Republik, nieder die Anarchie! Handeln, sofort handeln, handeln!“

Außerdem sind Millionen von Jungmännern im Druck, die zum Eintritt in die Freiwilligenkorps, zum Grenzschutz, auch nötigenfalls gegen den inneren Feind auffordern. Der Zentralrat bemerkt dazu: „Die Bemühungen der Aufreiter werden in Bayern vergebens sein. Das schaffende Volk Bayerns läßt sich nicht zum Brudermord verleiten.“

## Neues vom Tage.

### Der Reichshaushalt.

Weimar, 8. April. Der Nationalversammlung ist heute der Vorschlag über die Neuordnung des Reichshaushaltplans für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen. Darnach wird der Reichshaushalt in Einnahmen und Ausgaben auf 13.858.495.114 M. festgesetzt, und zwar im ordentlichen Haushalt auf 13.042.151.910 M. in Einnahmen und 11.263.411.095 M. in fortlaufenden und 1.778.740.815 M. in einmaligen Ausgaben; im außerordentlichen Haushalt auf 816.343.204 M. in Einnahmen und 816.343.204 M. in Ausgaben. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt: a) die Summe von 673.600.000 M. im Wege der Anleihe kassig zu machen; b) zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 6000 Millionen Mark hinaus Schabanweisungen auszugeben; c) zur Befriedigung unabwiesbarer Bedürfnisse nötigenfalls Garantien zu übernehmen; d) bei Zahlungen für das Reich, die vor der gesetzlichen oder vertraglichen Fälligkeit erfolgen, einen angemessenen Abzug zu gewähren.

Im außerordentlichen Haushalt sind für Tilgung der Reichsschuld 142 1/2 Millionen eingelegt. Unter den Ausgaben befinden sich „aus Anlaß des Krieges“ 40 Milliarden Mark. Die fortdauernden Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres und der Marine werden vorläufig aus dem außerordentlichen Haushalt bestritten. Im Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds für Versorgungsgeldempfänger an Unteroffiziere und Gemeine stehen 20 Millionen, für Sachjen 2 Millionen, für Württemberg 2,2 Millionen, für Sachsen 7,5 Millionen weniger als 1918), Veterinärgehälter für Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinärassistenten und Beamte aller Grade 45,7 Millionen, Sachjen 3,6 Millionen, Württemberg 2,2 Millionen (ebensoviel wie 1918), Bewilligung für Hinterbliebene 12 Millionen, für Sachjen 900.000 M., für Württemberg 550.000 M. (473.000 M. mehr als 1918). Im ganzen sind in diesem Kapitel zahlreiche Unterstufungen, Beihilfen usw. enthalten, in Preußen 88,9 Millionen, in Sachsen 7 1/2 Millionen, in Württemberg 4,6 Millionen (3,5 Millionen mehr als im Jahr 1918). Die Versorgungsgeldempfänger infolge des Krieges von 1914/19 betragen für Preußen 720 Millionen, für Sachsen 72 Millionen, für Württemberg 33,5 Millionen (365,7 Millionen mehr als 1918). Bei der Reichsmarine betragen diese Versorgungsgeldempfänger 11,4 Millionen, beim Kommando der Schutztruppe 2,9 Millionen.

### Aus dem Rätelngreß.

Berlin, 9. April. Der Rätelngreß handte ein Friedensprogramm an das ungarische Proletariat. Präsident Lenin sagte in seiner Eröffnungsansprache: Die Revolution ist nicht gemacht worden, damit das deutsche Volk seine Unterdrücker wechselt, damit an Stelle unserer Junker die imperialistischen Eroberer eines fremden Volks treten.

### Strasfreiheit der Mitglieder des Rätelngreßes.

Berlin, 9. April. Aus Kreisen des Rätelngreßes erföhren



Forderung des Kongresses nach Gewährung der Immunität für seine Mitglieder zugestimmt habe und zwar mit der Einschränkung, daß sie nur für die Dauer des Kongresses gelte und daß sie keine rückwirkende Kraft besitze.

#### Schlichtungsverhandlungen.

Berlin, 9. April. Der Schlichtungsausschuß, der zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und der Organisation der freilebenden Angestellten verhandelt, hat gestern seinen einstimmig gefassten Schiedsspruch fällen können. Die zur Annahme empfohlenen Gehalts- und Lohnsätze halten sich auf einer Höhe zwischen 180 und 10 Prozent über dem letzten Friedensentkommen, bleiben jedoch hinter den von den Angestellten geforderten Sätze zurück. Den größten Schwierigkeiten begegnete das Verlangen der Angestellten nach dem Mißbestimmungsrecht. Die Verhandlungen über einen Tarifvertrag sollen alsbald fortgesetzt und möglichst bis zum 30. Juni beendet werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich bis zum 11. April, vormittags 10 Uhr, zu erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen.

#### Vorsichtsmaßnahmen in Berlin.

Berlin, 9. April. Im Anschluß an das Verbot jeglicher Zusammenkünfte und Demonstrationen sind verschiedene Stadtviertel abgesperrt worden.

Bei der Altonaer großen Fischhalle kam es gestern wieder zu bedenklichen Ausschreitungen. Die Menge, aufgeregt darüber, daß von den eintommenden Fischen fast nichts an die Bevölkerung gelangt, stürmte die zur Abfahrt bereiten beladenen Wagen der Fischhändler und bemächtigte sich des größten Teils der Fische, natürlich ohne Bezahlung. Die Händler wurden schwer mißhandelt. Auch gegen die Sicherheitsmannschaften und die Polizei wandte sich die aufgeregte Menge. Schließlich wurden jedoch der Markt geräumt und eine Anzahl Personen verhaftet.

Berlin, 9. April. Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Leipziger wartet vor der Teilnahme an jeder Demonstration und fordert die Arbeiter auf, sich gegen jeden Terrorismus zu wehren.

#### Streik der Bankbeamten.

Berlin, 9. April. Eine Versammlung der Bankangestellten Groß-Berlins nahm eine Entschließung an, in der alle Bankbeamten im Reich aufgefordert werden, die Arbeit am 10. April niederzulegen, wenn nicht bis dahin vor dem Reichsarbeitsamt seitens des Verbands Berliner Bankleitungen in Verhandlungen aufgrund des vom allgemeinen Verband und dem Deutschen Bankbeamtenverein vorzulegenden Einheitstarifs angenommen werden. Die Angestellten der Berliner Großbanken sind bereits in den Streik getreten.

#### Folgen des Streiks.

Berlin, 9. April. Die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente haben, wie eine sozialdemokratische Korrespondenz meldet, mit Ballast wieder ansfahren müssen, weil in Deutschland nicht einmal soviel Baren zur Ausfuhr zusammenzubringen waren, daß die paar Lebensmittelschiffe damit hätten beladen werden können. Die der „Vorwärts“ feststellt, konnten für die Lebensmittelschiffe nicht einmal genügend Kohlen zur Wiederauffüllung derunker zur Stelle geschafft werden.

#### Generaistreik.

Essen, 9. April. Das Korps Lichtschlag ist gestern in Essen eingerückt. Es hat zwei Tote und einige Verwundete gegeben. Ein Mitglied des Reiner-Ausschusses wurde verhaftet.

#### Plünderungen in Magdeburg.

Magdeburg, 9. April. Nachts überfiel ein bewaffneter Haufe die Getreidespeicher im Hafengebiet und plünderte sie teilweise aus. Es fand eine stundenlange Schießerei statt. Ein Angriff auf das Gerichtsgebäude wurde durch Maschinengewehre abgelenkt. Die Zahl der Opfer ist unbekannt. Eine Geheimabstimmung der Arbeiterschaft der Betriebe gab 75 vom 100 für den Streik.

Der stellv. Polizeipräsident Vater, einer der Führer der Unabhängigen, ist unter dem dringenden Verdacht, an den Vorgängen beteiligt gewesen zu sein, seines Amtes enthoben worden. Der Wert der aus den Speichern des Lebensmittelamtes am Hafen geraubten Waren beläuft sich auf weit über 700000 M. Die Bevölkerung wird durch diesen

#### Beschleunigte Abreise Wilsons.

New York, 9. April. (Reuter.) Die Abfahrt des Dampfers „George Washington“, der den Präsidenten Wilson in Brest abholen soll, ist bereits auf den 11. statt 14. April festgesetzt worden.

„News von den Tag“ meldet aus Paris, die amerikanischen Friedensbevollmächtigten haben erklärt, daß Präsident Wilson durch seine beschleunigte Abreise die Friedenskonferenz zwingen wolle, entweder sofort unter den bereits gebilligten Bedingungen Frieden zu schließen oder zu erleben, daß Amerika sich auf seine eigene Politik zurückziehe. Der Präsident wolle nicht länger die bis jetzt befolgte Arbeitsmethode mitmachen.

#### Die Lebensmittel.

Rotterdam, 9. April. Dem Wunsch der deutschen Regierung entsprechend, ist gestern der erste Ueberseesdampfer mit Mehl, Bohnen, Fetten und Milch, zusammen etwa 8000 Tonnen, nach Bremerhaven abgegangen. In nächster Zeit werden in Hamburg und anderen deutschen Häfen aus Amerika 35000 Tonnen Getreide, Mehl und Fett erwartet.

#### Vaderewsky in Paris.

Paris, 9. April. (Havas.) In der gestrigen Kammer Sitzung erwiderte der polnische Ministerpräsident Vaderewsky auf der Diplomatentribüne, die Abgeordneten brachten Hochrufe auf Polen aus. Minister Pilsdon erklärte: Wir werden Polen unsere volle Beihilfe gewähren für seine endgültige Gestaltung und wir werden uns dafür verwenden, daß ihm sein volles Recht zuteil wird. Wir betrachten Polen als eine unerlässliche Garantie für den dauernden Frieden und Rechtszustand in Europa.

#### Genf Sitz des Völkerbunds.

Paris, 8. April. (Havas.) Laut „Echo de Paris“ wurde Genf zum Sitz des Völkerbunds bestimmt.

#### Zahlungsschwierigkeiten.

Bern, 9. April. Nach der Pariser Ausgabe des „Newport Herald“ haben am 6. April in Brest

Wichtige Sitzungen mit der deutschen Finanzabordnung stattgefunden, in denen die Deutschen neue Lebensmittelentwürfe verlangten und erklärten, sie könnten ihre Zahlungen unmöglich in Gold fortsetzen. Um die Goldreserve Deutschlands zu erhöhen, müsse es große Anleihen in neutralen Ländern aufnehmen. Der Mangel an Handelsfreiheit verhinere überdies, die Lebensmittelkäufe zu bezahlen. Zur Kontrollierung dieser Behauptungen haben die Alliierten eine Versammlung von neutralen Großbanken einberufen, die Auskunft über die genaue Art der deutschen Kredite geben sollen.

#### Cottin begnadigt.

Paris, 9. April. (Reuter.) Präsident Poincaré hat auf einen Bericht Clemenceaus die gegen Cottin verhängte Todesstrafe in eine 10jährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

#### Verhältnismäßigkeiten in Frankreich.

Paris, 9. April. (Havas.) Die Kammer nahm mit 235 gegen 201 Stimmen grundsätzlich das Verhältniswahlsystem als Grundlage für die Wahlreform an.

#### Unterbrechung der Abrüstung der französischen Armee.

Paris, 9. April. Nach einigen Wärttern soll die französische Regierung beschlossen haben, die Auflösung des französischen Kriegsheeres bis zum 15. Mai zu unterbrechen.

#### Die Verhaftung der Deutschen in Spanien.

Bern, 9. April. Ueber die in Spanien vorgenommenen Verhaftungen von Deutschen teilen die Pariser Blätter mit, daß die Deutschen in Barcelona und anderen Großstädten an den letzten sozialistischen Bewegungen teilgenommen hätten. Die spanische Regierung habe einen Schied von 2 Millionen Pesetas, der von Deutschland an die Führer der sozialistischen Bewegung geschickt wurde, abgefangen. (Offenbar sind nur bolschewistische Elemente verhaftet worden, was von den feindlichen Nachrichtenbüros aber absichtlich verschleiert wird. T. Schr.)

#### Verhaftungen in Budapest.

Budapest, 9. April. Die ehemaligen Minister Gajaz und Eugen Bologh sind gestern Nacht verhaftet worden. Außerdem wurde eine Reihe von früheren Offizieren festgenommen.

#### Beseitigung der schmutzigen Stadtviertel.

London, 9. April. (Reuter.) Das Unterhaus hat die Wohnungsvorlage, die umfassende Pläne in der Wohnungsfrage, sowie die Ausrottung der schmutzigen Stadtviertel im ganzen Lande vorsieht, in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

#### Die wirtschaftliche Lage Rußlands.

Helsingfors, 9. April. Die russische Presse meldet, daß der Fehlbetrag des Staatshaushalts für Januar bis Juni ds. Js. auf 29 Milliarden Rubel geschätzt wird. Er soll durch Ausgabe neuer Banknoten gedeckt werden. Von der Entente werden in bedeutendem Umfang die Wälder bei Baku abgeholzt, und das Holz nach Marseille und London verschifft. Ebenso nimmt die Erdölzufuhr aus Baku nach den Ländern der Entente immer größeren Umfang an. Infolge des großen Papiermangels wird in den Provinzstädten nur der Druck einer oder zweier Tageszeitungen gehalten. Der Ruderrübenanbau ist aus Mangel an Ausrüstung um 70 Prozent zurückgegangen.

#### Die Lage in Ägypten.

London, 9. April. General Allenby meldet aus Kairo, daß durch das Eingreifen der Truppen die Ruhe in Ägypten wieder hergestellt sei.

Essen, 9. April. Die „Revolutionären Bergarbeiter“ haben an die Firma Krupp ein Ultimatum gerichtet, die Arbeitswilligen unverzüglich zu entlassen, widrigenfalls die Notstandsarbeiten eingestellt werden, was das „Ersaufen“ der Bechen zur Folge haben würde.

Berlin, 9. April. Die Sozialisierungskommission hat ihr Amt niedergelegt, da sie aus verschiedenen Vorkommnissen der letzten Woche die Ueberzeugung geschöpft habe, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Regierung unter dem gegenwärtigen System nicht möglich sei.

Hamburg, 9. April. 8000 Tonnen Speck und Schmalz sind mit dem amerikanischen Dampfer „Samarinda“, dem 6. der hier angekommenen Lebensmittelschiffe, im hiesigen Hafen eingetroffen.

Braunschweig, 9. April. Die revolutionäre Arbeiterschaft Braunschweigs ist in den politischen Generaistreik eingetreten.

Helmstedt, 9. April. Eine Abteilung der Braunschweiger Volkwehr hat gestern die Kesselfabrik in Helmstedt besetzt.

Magdeburg, 9. April. Gestern nacht kam es hier zu blutigen Zusammenstößen. Heute früh sind die ersten Regierungstruppen hier eingetroffen.

Zwickau, 8. April. Sämtliche Arbeiter der Zwickauer Metallindustrie, einschließlich der Hüttenwerke, etwa 12000 Mann, haben heute die Arbeit niedergelegt.

Teschen i. Erzgebirge, 8. April. Seit gestern nachmittag sind die Besatzungen des Lugau-Teschner Kohlenreviers ausständig.

Danzig, 8. April. Die aus 2000 Arbeitern bestehende Arbeiterhaft der Eisenbahnhauptwerkstätte beschloß in den Ausnahmestunden, da die Forderungen auf Gewährung einer Feuererlaubnis von 300 Mark und Ausbau des Erholungsanstaltens mit der Begründung abgelehnt wurde, daß die Feuererlaubnis nicht allein den Danziger Arbeitern gewährt werden könne und es unmöglich sei, sie den gesamten deutschen Eisenbahnern zu geben. Der Vorort- und Fernverkehr von Danzig ist eingestellt.

Bremerhaven, 9. April. Gestern fand eine große Kundgebung gegen die ungenügende Lebensmittelversorgung in dem Gebiet der Untereifel statt. Die Reichregierung wurde in einer Entschlüsselung zu tafelfrühen Abhilfemaßnahmen und zum Anschluß an das revolutionäre Rußland aufgefordert.

#### Die Opfer in Berlin.

Berlin, 9. April. In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses der preussischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen teilte Regierungsrat Dr. Doye mit, daß bei den Januarrunten 196 Personen und bei den Unruhen im März 1176 Personen getötet worden sind, darunter etwa ein Zehntel Soldaten.

#### Die Missionsfrage.

Berlin, 9. April. In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen fand unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Grafen Bernstorff eine Besprechung über die beim Friedensschluß zu regelnden Fragen der deutschen christlichen Missionen im Ausland statt. Missionsdirektor Dr. Arenfeld erstattete eingehenden Bericht über die Bestrebungen namentlich der britischen Regierung, die Deutschen auch nach dem Krieg von jeder Missionsbetätigung auszuschließen, und über die durch nichts gerechtfertigte Vergeßlichkeit deutscher Missionsgesellschaften in den feindlichen Kolonien, sowie im chinesischen Reich. Es wurde ein aus Vertretern der Regierung, sowie der Missionsanstalten beider Konfessionen bestehender Ausschuss gebildet.

Die gestrige Versammlung der deutschen evangelischen Missionshilfe hat eine Entschlüsselung angenommen, in der unter Hinweis auf die während eines Jahrhunderts gewissenhaft und selbstlos geleisteten Dienste die vorbehaltlose Rückgabe aller deutschen Missionsgelder verlangt und die Glaubensgenossen in der Heimat und im Ausland gebeten werden, an dem Grundsatze festzuhalten, daß die christliche Mission keine Sache einer einzelnen Nation sei.

#### König Ludwig in der Schweiz.

Bern, 8. April. Die die „Basler Nachrichten“ mitteilen, hat der Schweizer Bundesrat auf Ansuchen hin dem früheren König Ludwig von Bayern gestattet, mit einer kleinen Begleitung in Fizers bei Chur Wohnung zu nehmen.

#### Von der Friedenskonferenz.

Paris, 9. April. In der Sitzung des Obersten Rates am Dienstag war auch Wilson anwesend. Es wurde über die Verantwortlichkeit verhandelt. Die britischen und französischen Mitglieder sind in der Anerkennung der Schuld Wilhelms II. und der Forderung nach Auslieferung und Verantwortung vor einem internationalen Gerichtshof einig. Die Amerikaner stimmen der Schuld des früheren Kaisers zu, sehen aber keine rechtliche Möglichkeit zu seiner Verfolgung.

Paris, 9. April. Nach dem Bericht des Verkehrsministeriums sollen die neugegründeten Staaten in Mitteleuropa den Zugang zur See, freie Durchfuhr und freien Verkehr durch Deutschland und Oesterreich erhalten. Frankreich, der Schweiz und Belgien soll die freie Benutzung des ganzen Rheintals zustehen, außerdem soll Deutschland die Verpflichtung auferlegt werden, den freien Gürtel im Hamburger und in anderen Häfen bestehen zu lassen.

Rotterdam, 9. April. Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdammer Courant“ berichtet, daß die Nachrichten aus Paris widerspruchsvoller seien als je. Der Korrespondent des „Daily Express“ melde, aus gewöhnlich gut unterrichteten amerikanischen Kreisen verlautet, daß Wilson über den Verlauf der Verhandlungen sehr unzufrieden sei. Er werde vielleicht nach Amerika zurückkehren, ehe der Friedensvertrag fertig sei, und dann werden die Vereinigten Staaten mit Deutschland einen Sonderfrieden schließen. Die Danziger Frage sei endgültig entschieden. Danzig werde Freihafen werden. Die Polenfrage werde durch die Judenverfolgungen noch schwieriger. In Paris befindet sich eine amerikanisch-jüdische Abordnung, die verhindern will, von den Alliierten Garantien für den Schutz der jüdischen Bevölkerung in Polen zu erhalten.

#### Baden.

Wiederholung der Räteregierung in Bayern. Nach amtlicher Bekanntgabe gehen die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen das Ministerium Hoffmann nach wie vor als die allein rechtmäßige Regierung des Volksstaats Bayerns an.

Karlsruhe, 9. April. Der Justizauschuß der bad. Nationalversammlung hat einstimmig den Gesetzentwurf über das vereinfachte Enteignungsverfahren, nach Vornahme verschiedener Änderungen angenommen. Der Gesetzentwurf ist bekanntlich ausgearbeitet worden, um durch das beschleunigte Enteignungsverfahren in nicht rasch Notstandsarbeiten in Angriff nehmen zu können. Das Gesetz soll bis 31. Dezember 1920 in Kraft bleiben.

Karlsruhe, 9. April. Wie die „Bad. Landeszeitg.“ berichtet, besteht jetzt in der bad. Nationalversammlung Uneinigkeit, den 1. Mai als Werktag für die Einführung der republikanischen Verfassung gemäß dem sozialdemokratischen Antrag zum allgemeinen Feiertag zu erheben.

Karlsruhe, 9. April. Wir erhalten folgende Mitteilung: Die Verordnung des Unterrichtsministeriums über die Bildung von Schulbeiräten scheint aufgestellt worden zu sein, ohne zuvor die Wünsche der Lehrerschaft über die Form ihrer Vertretung zu hören. Da die Erordnung nicht dem entspricht, was die Lehrer im neuen Staat erwartet haben, hat bereits eine Reihe von Bezirkslehrervereinen in Stadt und Land die Beiräteverordnung vollständig abgelehnt.

Karlsruhe, 9. April. Der Schlichtungsausschuß hat in den Lohnverhandlungen zwischen den Angestellten und den Unternehmern in Karlsruher Gastwirtschaften einen Schiedsspruch gefaßt. Danach werden folgende Monatslöhne bezahlt: Oberkellner und Portier 90 M., Hotel-, Restaurant- und Kaffeehändler 80 M., Hotelbedienter 60 M., Hausfrauen 50 M., Nachtportier 65 M., Zimmermädchen 35 M. Daneben bleiben die Trinkgelder bestehen.

Karlsruhe, 9. April. Die Polizei verhaftete einen Monteure von Weibronn und einen Elektrotechniker



aus Oberburg, die von der Polizeibehörde in Heilbronn wegen eines Kleider- und Wäschebstahls in Höhe von 80 000 Mk. verfolgt werden.

(-) **Karlsruhe**, 9. April. Zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Schleichhandels ist eine Zentralstelle in Karlsruhe Schloßbezirk 7 eingerichtet worden.

(-) **Karlsruhe**, 9. April. Der Stadtrat hat beschlossen, an den städt. Volksschulen das Schuljahr nicht mehr an Ostern, sondern wie bei den Mittelschulen im Herbst zu schließen und zu beginnen.

(-) **Karlsruhe**, 9. April. In einem regelrechten Skandal kam es am Sonntag abend, als ein unter dem Pseudonym Veritas auftretender Karlsruher Professor einen lustigen Vortragsabend gab. Die Darbietungen des Vortragenden waren derart minderwertig, daß das in großer Zahl erschienene Publikum unter Jodeln und Pfeifen den Veritas von der Bühne verjagte.



### Mutmaßliches Wetter.

Unter dem Einfluß der über Süddeutschland lagernden Depression ist am Freitag und Samstag vorwiegend trübes und auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

### Lotales.

- **Die Verwaltung der Ludendorff-Spende** für Kriegsbeschädigte, bei der auch Kriegsbeschädigte mitwirken, steht bekanntlich dem Landesrat der Kriegsinvalidentät in den einzelnen Bundesstaaten zu. Die gesamten Mittel sind ausschließlich für Kriegsbeschädigte bestimmt, für Verwaltungskosten wird von der Spende keinen Pfennig ausgegeben. Bis jetzt sind überhaupt die sehr erheblichen Ausgaben für Zwecke der Kriegsinvalidentät aus solchen allgemeinen Mitteln bestritten worden, die dem Landesrat vor der Sammlung für die Ludendorff-Spende von allen Kreisen zugekommen sind.

Mit den Mitteln der Spende (rund 3,9 Mill. Mark in Württemberg) muß in Anbetracht der außerordentlich starken Anforderungen sehr sparsam gewirtschaftet werden.

- **Sommerzeit.** Der deutschen Nationalversammlung ist ein Bescheid über die Einführung der Sommerzeit vom 28. April 1919 früh 2 Uhr bis 15. September 1919 früh 3 Uhr zugegangen.

- **Militärische Auskunftsstellen** sind im Zusammenhang mit der überstürzten Demobilisierung in fast sämtlichen Oberamtsstädten und größeren Eisenbahnknotenpunkten Württembergs; zusammen über 70, errichtet worden. Den Auskunftsstellen wurde die Ermächtigung erteilt, alle bei ihnen sich einfindenden Mannschaften vorläufig zu entlassen. Durch diese Maßnahme wurde eine wesentliche Entlastung der Eisenbahnen erzielt und die Leute beschleunigt ihrem bürgerlichen Berufe zurückgegeben. Die Auskunftsstellen haben auch für die Verpflegung und Unterbringung der durchreisenden Mannschaften gesorgt. So hat allein die Verpflegungsstelle Stuttgart bis jetzt über 55 000 Essen verabreicht. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium wurde die Vermittlung von Arbeitsstellen übernommen und im Verein mit dem Schwab. Bürgerheim halfen die Auskunftsstellen unseren heimkehrenden Kriegern bei der Suche nach Wohnungen und der Anschaffung von Möbeln. Nachdem nun die Demobilisierung zum größten Teil beendet ist, sind die meisten Auskunftsstellen wieder aufgelöst worden und seit 1. April besteht eine solche nur noch in Stuttgart im Hauptbahnhof.

Zugleich wird bemerkt: Alle nachträglichen Eingaben von entlassenen Heeresangehörigen über Gebührensbezüge, Marschgelde usw. sind dem zuständigen Bezirkskommando vorzulegen, das für Weitergabe oder unmittelbare Erledigung schnellstens zu sorgen hat.

- **Arbeiter- und Bauernräte.** Die Kosten für die Mitglieder der Arbeiter- und Bauernräte, die bei der Bezirksverwaltung oder den Kommunalverbänden tätig sind, werden von den Kommunalverbänden (Amtskörperschaften) getragen. Die Höhe der Entschädigung setzen die Arbeiter- und Bauernräte fest. Die Gemeindebehörden und Oberämter, die mit der festgesetzten Entschädigung nicht einverstanden sind, können die Entscheidung des Landesauschusses anrufen. Dieser entscheidet im Einvernehmen mit der Staatsregierung.

- **Polizei.** Jeder Nichtwürttemberger, der sich in Württemberg aufhält, hat sich durch einen Paß über seine Person auszuweisen. Ausgenommen sind Kinder unter 12 Jahren und solche Nichtwürttemberger, die sich bereits vor dem 1. Januar 1919 in Württemberg niedergelassen haben. Jeder Nichtwürttemberger ist verpflichtet, sich binnen 24 Stunden nach seiner Ankunft bei der Ortspolizeibehörde seines Aufenthaltsorts persönlich zu melden. Zuwiderhandlungen ziehen Strafe und Ausweisung nach sich.

- **Gegen den Schleichhandel.** In den nächsten Tagen wird durch die Schubpol eine Ueberwachung des Personenverkehrs in den Jügen eingeführt. Es ist ratsam, sich auf Reisen mit geeigneten Ausweispapieren zu versehen.

- **Brennstoffhöchstpreise.** Eine mit Wirkung vom 1. April in Kraft tretende Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über Brennstoffhöchstpreise bestimmt: Das Rheinisch-westfälische Kohlenhindert darf Steinkohle, Braunkohle und Koks nach dem Inland nur zu den Preisen veräußern, die nicht höher sind, als der gewöhnliche Verkaufspreis, der dem Syndikat in seinen Richtpreisen festgesetzt und am 31. März 1919 in Geltung war.

### Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 9. April. (Kriegsfürsorge.) Die Geschäftsstelle des Hauptauschusses für die Kriegsfürsorge in Württemberg, zugleich Württ. Hilfsstelle für Auslandsdeutsche befindet sich ab 11. April im sog. Prinzenbau, Alter Schloßplatz 41.

(-) **Stuttgart**, 9. April. (Spartakusprozeß.) Die Schwurgerichtsverhandlung gegen Hönle u. Gen. wegen Aufruhrs ist auf den 23. April verschoben worden. Der frühere Marineheizer Alfred Stiegele von Cannstatt drang mit etwa 30 jungen Burschen am 3. April in das Wachsbad im „Schwabenbräu“ in Cannstatt ein, zwang die Soldaten, die Waffen abzugeben und zog mit der bewaffneten Schar zum Wilhelmplatz. Das außerordentliche Kriegsgericht verurteilte ihn zu 10 Monaten Gefängnis. Wegen anderer Gewalttätigkeiten wird er sich noch vor der Strafkammer zu verantworten haben.

(-) **Votung**, 9. April. (Polnische Messerhelden.) Der vor kurzem aus der Gefangenschaft heimgekehrte Karl Zink wurde von zwei hier wohnhaften Polen überfallen und durch zahlreiche Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Mit Mühe gelang es der Polizei, die Polen vor der Lynchjustiz zu schützen.

(-) **Stuttgart**, 9. April. (Pferdemarkt.) Der nächste Pferdemarkt findet am 28. und 29. April auf dem Cannstatter Wasen in Verbindung mit einem Hundemarkt und einer Geldlotterie des Württ. Neuwereins statt. Ausnahmsweise werden auf den württ. Bahnhöfen am Sonntag, den 27. April Pferde zur Beförderung nach Stuttgart und Cannstatt angenommen.

### Halb oder ganz?

Von Emma Schill.

Die Ereignisse der letzten Tage sind zweifellos nicht ohne Eindruck beim Einzelnen geblieben, sie lassen tiefe Spuren in der Volksseele zurück. Die gewaltene Waffe, die drohende und die bedrohte, hat sich in diesen Tagen unter die Fittiche ihrer Führer gestellt. — Der Führende hat sich heute mehr als je in sich zurückgezogen. Die brennende Frage drängt nun: Wie soll es weitergehen, soll aufgebaut oder niedergedrückt werden? — Man braucht nicht Bestimmt zu sein, um zu verstehen, daß das letztere die Oberhand zu gewinnen sucht. Was bleibt unser Rettungsmittel, was ist unsere nächste Pflicht?

Man hat in den letzten Wochen sehr viel vom „Fortschritt“ gesprochen. Er ist aber in der Tat sehr wenig fühlbar, ja er scheint sich als Rückschritt zu kennzeichnen. — Es ist dies keineswegs erstaunlich, ja die natürliche Folge aller Geschehen und Ungeschehen. Wenn wir die ganze Volkstage, den Organismus des neugeschaffenen Staats näher betrachten, so finden wir, daß Deutschland wohl ein Volksstaat — eine Republik geworden, aber: ohne Republikaner, daß weiter das alte System, bewußt oder unbewußt, als solches weitergeführt, und daß sich nur seine Färbung, verändert hat. — Wo aber bleiben die wahren Sozialpolitiker, wo sind diejenigen, die den Mut ihrer Meinung haben und zeigen, und sei es zu ihrem Nachteil, wo die strenge Gerechtigkeit üben und die bereit, jederzeit eine Antipathie von oben gegen eine Sympathie von unten zu tauschen? Sie sind auf allen Seiten sehr dünn geät. Braucht man sich gar zu sehr zu wundern, wenn eine Politik, die dem Selbstzweck mehr als dem Gemeinwohl diente, Auswüchse zeitigt? — Nicht um Schöngesterei, auch nicht um Scheinwerferrollen handelt es sich, aber um wirklichen Fortschritt und um ganze Pflicht. — Was nützt die schönste Redung und Verpachtung, wenn der Inhalt beschädigt ist? — Worin aber besteht denn der wahre Fortschritt? Wenn wir ihn in Kennzeichen suchen, gehen wir fehl. Er liegt weder in der Ausführung der verschiedenen Bestimmungen noch in der Durchführung der verschiedenen Parteiprogramme zu finden. Das sind alles nur Halbheiten, die, unbefriedigend, nach etwas anderem Umschau zu halten, gebieten. Was das deutsche Volk, den einzelnen Volksgenossen, zum wirklichen Fortschritt führen kann, das ist eine innere Wandlung. Diese durchzumachen bleibt ihm nicht erspart, wenn es leben will. Mit Reden, Schreiben und Wählen ist nur die halbe Pflicht getan. Ihre Wirkung kann nur eine äußerliche bleiben. Nicht um Mechanisches, vielmehr um Organisches handelt es sich. So wie alles Große, Schöpferische von innen kommen muß, aus dem Ursprung innerlicher Tiefe, so kann ein Volksorganismus nur dann gedeihen, wenn es innerlich frei von Krankheitskeimen ist. Der Sozialismus des Herzens, das soziale Verantwortungsbewußtsein muß die Richtschnur des Einzelnen sein, so daß das Ganze besser und vollkommener wird. Nicht zurückblickend, auch nicht als Zukunfts-, aber als Gegenwarts- und Zukunftsmensch vom Wirklichkeitsinn ergriffen, wollen wir unsere Pflicht tun, nicht halb — sondern ganz! —

### Vermischtes.

**Not bricht Eisen.** In einem Dorfe bei Waldsee sollten bei der Beerdigung eines Veteranen durch die erst kurz vor dem Krieg angeschaffte Schallrohrkanone die üblichen drei Salven abgegeben werden, aber die Kanone war eingeroftet. Was nun in der Eile tun? — Not zwingt: Eine Zimmerlinde wurde für die Salven verwendet.

**Das Gold.** Ein hiesiger Landmann, der kürzlich für seine Familie ein Klavier kaufen wollte, einigte sich mit dem Verkäufer auf 4000 Mk. Kaufpreis und stellte dabei die Bedingung, daß man ihm bei der Bezahlung auch 2000 Mk. Gold abnehme, eine Bedingung, die, wie man sich denken kann, der Verkäufer mit Freuden einging.

**Fund.** Aus Budapest wird gemeldet: Im Schloß des Fürsten Nikolaus Esterhazy in Franko wird gegenwärtig im Auftrag der Räteregierung eine Inventur ausgenommen. Die Kommission entdecte in einer dicken Mauer des Schlosses Gold, Juwelen und Silber im Wert von vielen Millionen, die vor etwa zwei bis drei Wochen eingemauert worden sind. Der Schatz wurde mit Beschlag belegt.

**Die Juwelen des Zaren.** Eine Kopenhagener Meldung aus Wladivostok besagt, daß General Tiedrich persönlich Juwelen und andere Gegenstände nach Wladivostok brachte, die früher der Zarenfamilie gehörten und bei ihren Wörbern in Zekaterinburg gefunden wurden. Das Tagebuch des Zaren wurde aufgefunden und nach Moskau geschafft.

**Neues aus Tsingtau.** Die chinesische Küste in der Nähe von Tsingtau, wo etwa zwanzig Jahre lang deutsche Ordnung geherrscht hat, ist jetzt ein Tummelplatz von Piraten. Legitim trieb dort eine Bande von etwa dreißig chinesischen Seeräubern ihr Wesen. Die japanische Polizei setzte ein Duzend Gendarmen in kleine Rähne und machte Jagd auf die Seeräuberbanden. Am Lauhan, dem Gebirgskopf östlich von Tsingtau, kam es zum Gefecht. Vier von den japanischen Gendarmen wurden getötet, fünf weitere schwer verwundet. Die Japaner mußten flüchten. Als man am nächsten Tage mit Verstärkung auf den Platz des Kampfes zurückkam, war von den Piraten jede Spur verloren.

**Wollenbrüche in Australien.** Wollenbrüche, wie sie seit 1891 nicht mehr vorgekommen sind, haben, wie bereits kurz erwähnt wurde, in Südaustralien große Ueberschwemmungen verursacht; namentlich Südost-Victoria und Neu-Süd-Wales wurden heimgesucht. In Port Melbourne wurden ganze Fabriken überflutet, in Yacra stieg die Flut mitten in der Nacht so hoch, daß die Bewohner auf die Dächer flüchten mußten, Tausende wurden obdachlos. In Towamba hing ein Mann lange an einer Telefonstange, den Kopf über Wasser, bis ein Baumstamm die Stange umwarf und der an ihr Hängende in den Fluten verschwand. Der Schaden, den die Ueberschwemmungen angerichtet haben, wird auf Zehntausende von Pfund Sterling berechnet, aber — meint die „Times“, der wir die Nachricht entnehmen — der Segen der Ueberschwemmung nach der Dürre wird Hunderttausende wert sein.

### Warum gehen die Lebensmittelpreise nicht zurück?

Ein Hauptgrund der herrschenden Unzufriedenheit, in der Hesperien jeder Art ihren günstigsten Nährboden finden, sind die Lebensmittelpreise, die noch nicht die geringste Neigung zeigen, von der im Krieg erreichten Höhe herunterzugehen. Daran ist nicht nur die Fortdauer der Blockade, also der feindliche Wirtschaftskrieg schuld, sondern vor allem die Lebensmittelschiebungen. Im Kreis gleichgültiger Seelen wandert hier die Nahrung hungriger Großstadtkinder von Hand zu Hand; weil jeder Helfershelfer sein Profitjagier macht, werden die Lebensmittel auf diesem Weg unheimlich verteuert, so daß schließlich nur die wohlhabendsten Schichten der Bevölkerung Abnehmer sein können. Außerdem werden die Erzeuger durch den Schleichhandel an so hohe Preise gewöhnt, daß, so lange er fröhlich weitergedehlt, auch der Abbau der Höchstpreise für die rationierten Lebensmittel unmöglich ist. Welch gewaltigen Umfang die Schiebungen immer noch haben, zeigt die neueste amtliche Zusammenstellung, wonach im Monat Januar und Februar von Beamten des Kriegswirtschaftsamts eines süddeutschen Staats u. a. folgende Lebensmittelmengen beschlagnahmt wurden: 28 Ztr. Butter und Schmalz, 15 Ztr. Fett, 278 Ztr. Fleisch und Wurst, 498 Ztr. Getreide und Mehl, 75 Ztr. Hülsenfrüchte, 27 Ztr. Käse; ferner an lebenden Tieren: 21 Schlachtpferde, 21 Schweine, 53 Fäuserchweine und 4 Milchschweine, 1 Rind, 2 Kühe, 2 Hähnen und 7 Schafe.

### Blumengpflege.

**Welche Erdmischungen benötigen die Topfpflanzen?** Beim Umpflanzen geht ein großer Teil von Topfpflanzen ein, weil die für diese Pflanzen benötigten Erdmischungen unrichtig gewählt werden. Fast für alle Topfpflanzen eignet sich eine gute, aus Buchenlaub bestehende Lauberde, wenn sie mit Mistbeeteerde, Sand und etwas Torf vermischt ist. Für Azaleen, Alpenrosen und Kamellen ist dagegen Heideerde und für Farne eine solche mit etwas Laub- und Torfzusatz zu empfehlen. Einen kleinen Zusatz von Laub und Moerde zur Mistbeeteerde zu geben, ist bei Phönixpalmen, Chamaecops usw. sehr angebracht. Während für Orchideen und Bromeliaceen eine Mischung bestehend aus Laub-, Heide- und Holzerde, Torf und Sumpfmoss zu empfehlen ist. Rosen, Nelken, Laub-, Calla und Geotolen sind in reiner Mistbeet- oder Kalfenerde umzupflanzen.

**Saure Erde in Blumentöpfen.** Ist die Erde eines Blumentopfes sauer geworden, so schreibe man das Gießen ein. Durch Riechen am Blumentopf läßt sich sehr leicht feststellen, ob die Erde sauer ist. Zum Gießen der Pflanzen verwende man Wasser mit einem Wärmegrad von 20 bis 25 R. Der Topf muß umgepflanzt werden, falls die Erde sehr sauer ist, und ist diese möglichst zu befeuchten. Bei Palmen, deren Erde sauer ist, wird die Erde aus den Wurzeln herausgewaschen, und ist hierzu warmes Wasser zu gebrauchen. Nachdem dies geschehen, werden die Palmen in frische Erde gepflanzt.

**Die Kennzeichen der Wurzelfäule bei Topfpflanzen,** die durch einen versäuerten Erdballen hervorgerufen ist, machen sich dadurch bemerkbar, daß die Blätter der Pflanzen gelb und bleich werden.

Druck und Verleger: H. Hofmann'schen Buchdruckerei in Heilbronn. Verantwortlich: E. Heimbach, Heilbronn.



## Suppen-Einlage.

Auf Lebensmittelmarke 5 wird abgegeben:  
**1 Pund Hafermehl und Haferkochen.**  
 Listen-Schluss Samstag Abend 6 Uhr  
 Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

## Bekanntmachung.

Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr erhalten  
**1 Tafel Schokolade oder Schokoladepulver.**  
 Städt. Lebensmittelamt.  
**Städt. Arbeitsamt Wildbad.**

Fernsprechanschluß Nr. 140.  
 (Im Lebensmittelamt)  
 Kostenlose Stellenvermittlung.

### a.) Männlich:

Tapeziere  
 Möbelschreiner  
 Leizer für 1 Hotel

### b.) Weiblich:

Köchinnen  
 Köchenmädchen  
 Zimmermädchen  
 Dienstmädchen  
**Stollen suchen:**  
 Büffetfräulein  
 Servierfräulein  
 Kaffeuse

Kaufleute  
 Köche  
 Kellner  
 Friseur  
 Lift  
 Hotelbiener  
 Maschinenbauer  
 Geschäftsführer für Hotel

## Marineregiment

## Madlung.

### Freiw. Division von Lettow-Vorbeck

(Garde-Kavallerie-Schützen-Korps)

steht nach ein:

### Seeoffiziere, Offizieranwärter,

aktive und entlassene Unteroffiziere aller Dienstgrade der Marine, vaterländisch gesinnte Mannschaften, auch Hoboliten, Spielleute, Handwerker sind erwünscht.

Hebliche Bedingungen.

Militärpapiere, Aufenthaltssnaden seit der Entlassung und polizeiliche Anmeldung mitbringen.

Persönliche oder schriftliche Meldung bei der Werbestelle des Regiments Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 1-12 (Nähe des Bahnhofs Zool. Garten).

Ausweis zur Erlangung von Militärfahrkarten wird auf schriftliche Meldung übersandt. Fahrgeld wird bei entgeltlicher Einstellung erstattet.

## Sommerprossen - weg.

Lebensgefährtinnen teile unentgeltlich mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommerprossen gänzlich beseitigte.  
 Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M. 204, Schliebiach 47.

Wildbad, den 10. April 1919.



## Todes-Anzeige.

Tiefbetruert teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unsere liebe Tochter, unsere treubeforgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

### Marie Vollmer

geb. Bayher

gestern mittag 3 Uhr nach kurzem aber schweren Leiden im Alter von 80 1/2 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Karl Bayher mit Frau und Geschwister.  
 Der Bräutigam: Wilhelm Böbel.

Beerdigung Samstag nachmittag 2 Uhr.

## Zur

# Gemeinderatswahl!

**Nachsucht und Haß wirken selbstmörderisch,**

jeder Schlag, den wir unseren Mitbürgern vorsehen,

**trifft unseren eigenen Körper.**

Diese Worte mögen allen denen zur Kenntnis gelangen, die als „Einer für Alle“ das vorgesehene Inserat unterzeichnet haben.  
 Kein Wunder, wenn sich die Errungenschaften der Revolution in so wenig erspriehlichen Bahnen bewegen,

**entbehren sie**

doch in ihrem gestrigen Wortlaut zu sehr der

**Achtung und Liebe zu unseren Mitbürgern.**

Noch gibt es in Wildbad genügend

**Gemeinde- und Unterbeamte, Kleinhandwerker, christlich und frei organisierte Arbeiter, die uns allen ein Vorbild sind.**

Sie werden ihrer inneren Stimme gehorchen, die bisher ein

**besserer Berater war, als alle aufreizenden Artikel.**

Achtet auf den Wildbader Brief Nr. 4. in der gestrigen Nummer.

**Einer,**

der durch Arbeit und Fleiß, Achtung vor allen Menschen und ihren Gesetzen, im Leben vorwärts gekommen ist.

Sämtliche

### Putzartikel

pr. Bohnermasse  
 reine Oelware  
 Stahlspäne  
 Schnellglanzputzpulver  
 Saponia  
 Krisit, Fim

Echte

### Gummisauger

rot, schwarz, transparent,  
 Schnuller mit Ring,  
 Kinderflaschen,  
 Milchwärmapparate,  
 Hygien. Kinderleibchen

Markenfreies Waschpulver, Sehmirgelpapier,  
 Messerputzschmirgel in Dosen, Kremlfarben,  
 Schrubber- und Abwaschbürsten,

### Stofffarben

### Wasserglas

pr. Möbel-Politur

Fritzsche

### Fussboden-Lackfarben

weisse Emaillelackfarben, Gartenmöbellacke,  
 Friedensqualität,  
 Bronzen u. Ofenlackbronzen, Terpentin u. Benzin,  
 Ersatz,  
 sämtl. Farben in Oel und trocken.

### Medizinal-Drogerie und Photohaus

Wildbad Grundner-Nachstr. A u. W. Schmit

## Viehversicherungs-Verein Wildbad.

Am Samstag, den 12. April Abends 8 Uhr findet im Gasthof im Gasthof zum Wilden Mann hier eine

### Versammlung

statt. Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Vorstandes und Rechners.
2. Neuwahl der Taxatoren.
3. Wenderung einzelner Paragraphen der Vereinsstatuten.
4. Verschiedenes.

## Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer Ortsgruppe Wildbad.

Vom schwäb. Bürgerheim Stuttgart wird an bedürftige Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene **Wäsche und Lazarettbestände** abgegeben und nimmt Anmeldungen bis längstens Freitag Abend entgegen von den Mitgliedern der Ortsgruppe.

Der Vorstand.

Zu der

hente Donnerstag abend 7 Uhr im Schwarzwald-Hotel stattfindenden

## Wahlversammlung

ergeht hiemit nochmals an die Arbeiterbevölkerung Wildbads, sowie an die Gemeinde- und Unterbeamten freundliche Einladung.

Evang. Kirchenchor  
 Heute abend 8 Uhr  
 Singstunde

W. V. W.

Morgen abend 1/2 6 Uhr bei Schäffer z. Eisenbahn.



Turn-Verein  
 Wildbad.  
 Singstunde

gemischten Chor am Freitag im Schwarzwaldhotel.

Der Vorstand.

Schnell und billig werden alle Arten

**Stoffe u. Kleidungsstücke umgefärbt**

in der Färberei von **Max Rühlmann, Freudenstadt.**

Annahmestelle **August Waidelich, Schneidersstr., Wildbad, Wilbelmstr. 33.**

Ein **Leiterwagen,** samt Truhe,

sowie ein **Dungwagen,**

hat zu verkaufen **Karl Cittel, Rembachstr. 289.**

Eine 14jährige

## Birge

(lammend Ende Juli) hat zu verkaufen. Wer sagt die Exped. [287]



**ÄRÄUER** verwenden bei Beschwerden und Störungen nur Apotheker **Müllers**

**Tropfen** Flasche 10 Mark diskreter Postversand.

Rit. Rauch Sanitätsgeschäft

„Medico“  
 Nürnberg,  
 Karolinenstr. 47

1,6 Italiener

## Hühner

17er Brut hat wegen Platzmangel zu verkaufen. Wer sagt die Exped. [288]

## Bei Hautjucken

Pflechte, Krätze und Weingeschwüre, sofort schreiben. Kostenfreie Auskunft.

**Hugo Heinemann** Hornhausen b. Döhrnsleben. Rückmarke erwünscht.

## Stuttgarter Geld- und

und

**Pferde Lotterie**

Ziehung am 3. Mai 1919 Hauptgewinn 25 000 Mark. Lose a 2 Mark erhältlich bei

**C. W. Gott.**